



# CDU

DIE FRAKTION IM  
REUTLINGER GEMEINDERAT

CDU-Fraktion, Rathaus, Marktplatz 22, 72764 Reutlingen

Gabriele Gaiser  
Fraktionsvorsitzende

Herrn Oberbürgermeister  
Thomas Keck  
Marktplatz 22

Lange Äcker 4  
72768 Reutlingen  
E-Mail: [gabi.gaiser@web.de](mailto:gabi.gaiser@web.de)  
Internet: [www.cdu-rt.de](http://www.cdu-rt.de)

72764 Reutlingen

Reutlingen, 30.03.2020

## **Antrag: Sanierung Rathaus**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Keck,

Die CDU-Fraktion beantragt:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Denkmalamt abzuklären, ob und unter welchen Voraussetzungen auch gerade im Hinblick der anstehenden Sanierungskosten in Höhe von 80 bis 125 Mio Euro eine Aufhebung des Denkmalschutzes dh. die Erteilung einer Genehmigung für einen Abbruch des Verwaltungsgebäude des Rathauses möglich ist.

Weiterhin wird gebeten zu überprüfen, inwieweit eine Zwischennutzung als Bürogebäude für die Mitarbeiter im Postareal umgesetzt werden kann.

Bei einem Neubau des Verwaltungsgebäudes soll die ökologische Holzständerbauweise in Betracht gezogen werden, dies würde eine rasche bauliche Umsetzung ermöglichen.

Die Entwicklung des aktuellen Standorts am Marktplatz kann für gewerbliche Nutzung gemeinsam mit Büronutzung in Betracht gezogen werden. Hierzu wird gebeten, Alternativen auszuarbeiten.

Es wird gebeten, die Prüfung eines möglichen Neubaus sehr rasch durchzuführen, da der aktuelle Zeitplan für eine Renovierung des Rathauses aus gesundheitlichen Gründen den Mitarbeitern nicht zugemutet werden kann.

Begründung:

Die Voruntersuchungen zur Rathaussanierung haben gezeigt, dass die Schadstoffsanierung seit vielen Jahren vor allem im Hinblick auf das gesundheitliche Wohl der Mitarbeiter dringend erforderlich ist und schnellstmöglich eine Lösung für gesunde und zeitgemäße Arbeitsplätze umgesetzt werden muss.

Im Hinblick auf die Gestaltung der Arbeitsplätze sollen neue Raumkonzepte und der künftige Trend zu home office mit berücksichtigt werden.

Es stellt sich die Frage, ob eine Sanierung des bestehenden Verwaltungsgebäudes in Anbetracht der berechneten Kosten von 80 – 125 Mio Euro die richtige Lösung darstellen kann. Insbesondere muss es für die Mitarbeiter schnellstmöglich alternative Arbeitsplätze geben, so dass sie nicht weiterhin den gesundheitlichen Risiken im bestehenden Verwaltungsgebäude ausgesetzt sind.

Es müssen deshalb schnelle Lösungen umgesetzt werden. Eine Lösung könnte die vorübergehende Verlagerung der Verwaltung in das Postareal sein. Deshalb wird dringend gebeten zu prüfen, ob und wie das Gebäude für eine vorübergehende Nutzung für Büros umgerüstet werden kann.

Es wird weiterhin gebeten, die Entscheidung über eine eventuelle andere Nutzung des Postareals zurückzustellen, bis zur Klärung ob eine vorübergehende Nutzung als Verwaltungsstandort bis zu einem Neubau des Verwaltungsgebäudes möglich ist.

In Anbetracht der anfallenden enormen Sanierungskosten beantragt die CDU-Fraktion mit dem Landesdenkmalamt zu klären, ob der Abbruch des Verwaltungsgebäudes zulässig wäre und eine denkmalschutzrechtliche Genehmigung für den Abbruch möglich ist, da der Stadt die Erhaltung in Anbetracht der hohen Kosten nicht zugemutet werden kann.

Parallel müssen dann zwei weitere Optionen geprüft werden, einmal die Anschlussnutzungsmöglichkeiten am aktuellen Verwaltungsstandort am Marktplatz. Hier sind mehrere Optionen möglich, einmal die gewerbliche Nutzung (hier gibt es ansprechende Möglichkeiten im Bereich Einzelhandel, Restaurants, Bars, Markthalle mit heimischen Produkten) gemeinsam mit Wohnungen und zusätzliche Büroflächen und zweitens der Neubau des Verwaltungsgebäudes am bisherigen Standort.

Dabei ist ein Standort mit guter ÖPNV-Anbindung, Parkmöglichkeiten und Freiflächen als Alternativen zum aktuellen Standort am Marktplatz auszuarbeiten. Bei der Planung eines neuen Verwaltungsgebäudes, unabhängig vom Standort, soll die Holzständerbauweise bevorzugt umgesetzt werden. Dies ist eine ökologische Bauweise, die es ermöglicht, mehrgeschossige Gebäude in sehr kurzer Zeit zu erstellen. Die Energiebilanz von Gebäuden in Holzständerbauweise ist hervorragend und die Stadt Reutlingen könnte hier als Vorreiter ein wichtiges Signal an die Bauwirtschaft geben. Außerdem ist es wichtig, den Neubau in kürzest möglicher Zeit umzusetzen.

Wesentlich ist zum jetzigen Zeitpunkt, dass das Postareal als Zwischenlösung für die Unterbringung der Büroräumlichkeiten erhalten bleibt. Für die Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter ist es eine Zumutung, dass sie seit vielen Jahren in den stark belasteten Räumlichkeiten arbeiten müssen. Deshalb ist hier, egal welche Alternative für ein neues Verwaltungsgebäude beschlossen wird, rasches Handeln erforderlich. Auf dem Postareal könnten durch rasche Umbaumaßnahmen sicher im ersten Schritt Büroräumlichkeiten für die städtischen Mitarbeiter zur Verfügung gestellt werden. Andere Nutzungen im Postareal können in Anbetracht der Berücksichtigung der Gesundheit der städtischen Mitarbeiter nicht mehr in Erwägung gezogen werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Gabriele Gaiser  
Fraktionsvorsitzende

gez. Andreas vom Scheidt  
Mitglied der CDU-Fraktion